

Parataxis

Danyal Casar

»Wir hassen deine Religion, verflucht sei deine Moral«

Notizen über Beginn und Ende der
»Islamischen Republik« im Iran

Seit den 1950er Jahren war die iranische Monarchie vor allem in ihren nördlichen Provinzen mit Revolten der unter Fron und Verschuldung krächzenden kleinbäuerlichen Existenzen konfrontiert. Es war also nur folgerichtig, dass Mohammad Reza Pahlavi 1962 eine Agrarreform, die er selbst als »Weiße Revolution« inszenierte, zum Kairos seines Modernisierungsregimes machte. Die Agrarreform versprach, jene ärmlichen Kreaturen, deren Besitzlosigkeit mehr und mehr einer Verviehung ähnelte, zu stolzen Herren ihrer eigenen Parzelle zu adeln. Dieses Versprechen empörte indes die Mullahs, unter denen viele selbst, wie etwa Ruhollah Khomeini und seine Familie, Feudalherren waren. Sie erklärten, dass jedes Gebet und jede rituelle Waschung, die auf konfisziertem Boden vorgenommen werden, ungültig seien.

Die Agrarreform zerschlug die Despotie des ruralen Pachtwesens, doch die kleinbäuerliche Existenz darbt weiter. Die eigene Parzelle schrumpfte auf wenige Hektar Boden, während die Kompensationszahlung an den Staat, der die Feudalherren generös entschädigte, sie erdrückten. Hatten noch die Feudalherren, so despotisch sie auch waren, die Saat, das Zugvieh und ähnliches den ihnen Hörigen dargebracht, so war

nun die vom Feudalzwang befreite parzellenbäuerliche Existenz beherrscht vom Zwang, dem selbst nachzukommen, um in der über Nacht hereingebrochenen kapitalistischen Konkurrenz zu überleben. An eine Mechanisierung der Produktion war dabei nicht zu denken, ihre mangelnde Kreditwürdigkeit war ihnen eingeebnet wie ein Stigma. Allein die Parzelle garantierte also keine Reproduktion, sie verunmöglichte mehr und mehr die bäuerliche Selbsterhaltung, und so wurden aus den vom feudalen Zwang Befreiten Flüchtlinge, die auf der Suche nach einer kapitalproduktiven Funktion irgendwo anders waren. Die Binnenmigration eskalierte in den Folgejahren. In Süddeheran entstanden höhlenähnliche Labyrinth in Lehmgruben, anderswo fanden die Binnenimmigranten zwischen Gräbern Zuflucht. Die noch zwischen ruraler Idiotie und urbanem Moloch lavierenden Flüchtlinge spekulierten darauf, von der industrialisierten Produktion aufgenommen zu werden, doch die kriselnde Modernisierung potenzierte in der kapitalistischen Konkurrenz nur ihre weitere Verelendung.

Die Masse an variablem Kapital, die mit ihrer Funktionslosigkeit im kapitalistischen Produktionsprozess Tag für Tag konfrontiert war, wurde nunmehr den karitativen Agenturen der Geistlichkeit überantwortet, bei denen die revolutionären Khomeinisten mehr und mehr die quitistisch-staatsloyalen Mullahs verdrängten. Ihr Totengesang »Weder westlich noch östlich – islamisch« wurde nunmehr zum regressiven Konter auf die beschädigte Modernisierung. In

der Masse eigneten sie sich Funktionalität für die Masse an. Die Identifizierung funktionierte dabei nie anders als durch die Entzweiung der Gattung: in Gläubige und Ungläubige, also durch die Projektion auf etwas der Masse Äußerliches. Noch am 3. Juni 1963, während der rituellen Märtyrerinszenierung um den Imam Hossein, assoziierte Khomeini den Monarchen Mohammad Reza Pahlavi mit Yazid, dem Mörder des Imam Hossein, um dann den eigentlichen Konspirator wider »die islamische Souveränität« zu beschwören: Israel sei der wahre »Meister« des Schahs und verfolge eine perfide Intrige zur Vernichtung der islamischen Ordnung.

Doch die Exorzierung der Krise war nur simuliert. Die Khomeinisten konnten die Fungibilität der Massen auch nach der Islamischen Revolution 1979 nicht stunden – anders als die Nationalsozialisten, die die deutschen Proletarier rassifizierten und verstaatlichten, um durch Arbeitsfront, Eintopfsonntag und absolute Mehrwertproduktion eine höhere Produktivität zu erpressen und die Krise durch Raub- und Vernichtungsfeldzüge anderen Nationen aufzuhalsen. Dem khomeinistischen Iran mangelte es für diese deutsche Eigenart der Krisenbewältigung an industrieller Potenz. Nicht im Kahlfraß der anderen, wie bei den Deutschen, vielmehr im provozierten Tod der mit ihm total Identifizierten hob der khomeinistische Souverän die Wertlosigkeit vor dem Kapital auf: in der Märtyrerschlacht zwischen Iran und Irak von 1980 bis 1988.

Im Revolutionsjahr 1979 galt der faschistische Agitator Khomeini noch manchen deutschen Operaisiten – und damit waren sie nicht allein – als ein iranischer Thomas Müntzer. In dem Periodikum *Autonomie* (5/1979) beschwor man das Befreiungspotenzial des »chiliastischen Islams«. Wahrlich rekapitulierten die deutschen Antiimperialisten damit zuallererst die folgenschwere Kollaboration eines Großteils der sozialistischen Organisationen im Iran mit den Khomeinisten. Die prominenteste unter ihnen, die Partei der Massen Irans (kurzum: *Tudeh*), spekulierte, dass die Khomeinisten mit aller Gnadenlosigkeit das übernommene Staatsgehäuse von alle »monarchistischen« und »imperialistischen« Fragmenten ausschaben werden, die Mullahs die neue Staatsapparatur aber unmöglich über das terroristische Tabula rasa hinaus bedienen können. Mit strikter Organisation,

deren Aktionsradius selbst noch Offiziere erfasste, vertrauten die Kader der *Tudeh* auf ihren ideologischen Auftrag, die Elendsmassen zur Klasse des Proletariats zu disziplinieren und die Industrialisierung als kombinatsozialistischer Bruderstaat des Kremls zu bewältigen. Ein halbes Jahr nach der Flucht des Schahs als »Feind des Islams« zunächst verboten, beteiligten sich die Kader der *Tudeh* unerschrocken an den Straßenaufmärschen der Khomeinisten, auf denen zugleich die Vernichtung aller anderen angedroht wurde. Ihr Ruf der Stunde war der nach einer Volksfront mit den Khomeinisten, zugleich forderten sie noch 1981, als ihr Kalkül längst gescheitert war, die Hinrichtung von Kadern der rivalisierenden Organisation der Volksmujahedin. Von ihrem Generalsekretär Nouredin Kianouri wird gesagt, dass er im Hause von Ali Khomeini wöchentlich zu Unterredungen eintraf. Im Jahr 1983 zerschlugen die Khomeinisten dann auch die sich anbietende *Tudeh* und richteten über ihre Kader.

Von den sozialistischen Organisationen aus dem Revolutionsjahr 1979 sind heute einzig noch die Strukturen der Volksmujahedin von gewisser Relevanz. Ihre Gründerväter begannen in den 1960er Jahren, den Begriffsapparat des Marxismus-Leninismus mit Versen aus Koran und dem Nahj al-Balagha, einer Sammlung von kolportierten Aussprüchen des Imam Ali, zu spiritualisieren. Während sie die traditionell quietistische Geistlichkeit der »Klassenkollaboration« beschuldigten, sahen sich die Volksmujahedin der Parteinahme für die Elenden verpflichtet. Ihr ideologischer Übervater war dabei der prominente Mullah Mahmoud Taleghani, der Gerüchten zufolge im September 1979 von den Khomeinisten ermordet wurde. In den 1970er Jahren zerstritten sich die Volksmujahedin über den Anteil des Islams in der Parteideologie. Und so spalteten sich verschiedene atheistische Fraktionen ab, von denen die stärkste maoistisch wurde. Das Periodikum *Autonomie* (8/1981) widmete sich, nachdem sich ihre Projektion von Khomeini als iranischer Müntzer blamiert hatte, ausführlich der islamischen Fraktion der Volksmujahedin. Während manche Europäer in jenen Tagen ihr Seelenheil im Bhagvan oder anderer Esoterik fanden, war man in der *Autonomie* von der revolutionären Psychotechnik der Volksmujahedin und ihrer Ideologen gebannt, bei der die Selbstoptimierung in der parteiinternen Rivalität um den Märtyrertod

und »die totale Befreiung im Zeugentod« endete. In Séancen von Kritik und Selbstkritik, in der »beständigen Selbstreinigung« des »revolutionären Ordens« (Nikolai Bucharin), reproduzierten sich die Volksmujahedin als jene Kaderpartei, die bis heute als stalinistisch verschrien ist. Mit dem von Khomeini geschassten ersten Staatspräsidenten der »Islamischen Republik«, Abolhassan Banisadr, gründeten die Volksmujahedin unter Führung vom Massoud Rajavi 1981 in Paris den bis heute existierenden »Nationalen Widerstandsrat«.

In der iranischen Exil-Opposition dauert der Konflikt zwischen Parteigängern der Volksmujahedin und ihren Kritikern an. Nicht nur Monarchisten sehen in ihr und in Figuren wie Banisadr, der im Oktober 2021 im Pariser Exil verstarb, jene ideologischen Granden der »Islamischen Revolution«, ohne die im Jahr 1979 der khomeinistische Takeover des Irans nicht möglich gewesen wäre. Darüber, dass die Volksmujahedin Khomeini als integrierende, die Einheit der antimonarchistischen Opposition repräsentierende Autorität zunächst anerkannten, schwiegen sie sich nie aus. Rajavi begründete im Gespräch mit der französischen *Liberation* (26.8.1981) dieses Kalkül damit, dass die revolutionäre Geistlichkeit um Khomeini die einzige Fraktion innerhalb der Opposition war, die die bleierne Repression des Schah-Regimes nahezu unbeschadet überstanden hatte. Doch noch verheerender war die Amalgamierung sozialrevolutionärer Forderungen mit Märtyrerkult und antiimperialistischer Befreiungseterik unter dem Banner von Sichel, Bajonette und Koranvers. Irritiert sind heutzutage ihre Kritiker innerhalb der iranischen Opposition, wenn US-amerikanische und europäische Politiker auf den streng choreografierten »Konferenzen« der Volksmujahedin für hohe fünfstelligen Honorare fünfminütige Elogen auf diese halten oder etwa deutsche Christdemokraten wie Otto Bernhardt und Martin Patzelt von der »Tiefe der Philosophie« jener Kaderorganisation delirieren.

Die 1960er, also die Jahre der ersten Generation an Volksmujahedin, waren geprägt von einer sichtlichen Entislamisierung des Irans. In den islamischen Seminaren, den Hawzat, fanden sich nur noch wenige Schüler ein. Selbst viele Geistliche rieten nunmehr ihren Söhnen zu einer ganz profanen Berufsausbildung. In den urbanen Zentren wie Teheran und anderswo

blieben in vielen Moscheen die Imame und einige wenige Gläubige unter sich. Auch angesichts dieser Verwaisung der Moscheen dachten Geistliche wie Ruhollah Khomeini, Mohammad Beheshti und Morteza Motahhari an einen neuen Typus von Moschee. Die sogenannte »Hosseinieh Ershad« sollte vor allem die vom Islam entfremdeten jüngeren Generationen der städtischen Zentren wieder ansprechen. In ihr knieten die Gläubigen nicht, vielmehr saßen sie auf Stühlen; der Agitator stand auf Augenhöhe zu den Zuhörern vor einem Stehpult und saß nicht auf einem Minbar genannten kanzelartigen Hochsitz wie anderswo die Imame. In der Teheraner Hosseinieh Ershad trat auch ein gewisser Ali Shariati auf. Shariati schied den »reinen und authentischen Islam« des Imam Ali von dem »korrumpierten, verfälschten Islam« der quietistischen Geistlichkeit. Der revolutionäre Islam, so Shariati, sei der dritte Weg innerhalb der täuschenden Konkurrenz kriselnder Systeme.

Es dauerte noch bis in die 1970er Jahre, bis diese Erneuerer des Glaubens damit drohten, den Geltungsverlust des Islams im Iran gnadenlos zu rächen. Das Phänomen islamischer Erweckung, die sich als Konter auf die Krise einer sich mehr und mehr säkularisierenden Sozietät verstand, war in jenen Jahren auch anderswo zu beobachten. Im türkischen Istanbul scharten sich um den Imam der Iskenderpaşa-Moschee, Mehmed Zahid Kotku, indessen überproportional viele Ingenieure und andere Universitätsabsolventen. Darunter befand sich etwa auch der Muslimbruder Necmettin Erbakan, der mit der Partei der Nationalen Ordnung (Millî Nizam Partisi, *MNP*) 1970 die erste Partei der Erweckungsbewegung Millî Görüş gründete und auch den jungen Recep Tayyip Erdoğan agitierte. Dieses Phänomen der kleinbürgerlichen Faschisierung verrät, dass es allen anderen voran die vom Modernisierungsversprechen desillusionierten Kopfarbeiter sind, die der Regression als intellektueller Krisenexorzierung verfallen. Der Muslimbruder Erbakan folgte schließlich einer durchaus deutschen Tradition. Die Krise ist Erbakan zufolge, der 1953 an einer deutschen Technischen Universität promovierte und bis zu seinem Tod der technischen Detailverliebtheit der Deutschen und ihrer »Ernsthaftigkeit und Organisiertheit« schmeichelte, der Ökonomie nur äußerlich übergestülpt. Es seien

Zins und Unmoral, die die Krise äußerlich in die Produktion hineinrügen und so Ökonomie und Staat pervertierten. Wie der türkische Vordenker des »Großen Islamischen Ostens«, Necip Fazıl Kısakürek, besuchte auch Ali Shariati die renommierte Pariser Universität Sorbonne und genoss dort weltliche Literatur und Laster.

Die Herabwürdigung der Nation zur gottlosen Imitation, zur Karikatur eines imperialen Reiches, das die Ungläubigen blind nachahmt, aber unmöglich mit ihnen zu konkurrieren vermag, provozierte eine permanente Kränkung. Die islamische Erweckung als Reflexionsform der Zerrüttung des traditionellen Gemeinwesens durch die Modernisierung erfasste als integralistische Ideologie auch die sich nicht weniger chiliastisch äußernden marxistisch-leninistischen Reaktionsformen auf die Krisen der Modernisierung. Irans marxistisch-leninistische Organisationen antworteten auf die Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Akkumulation zumeist auch nicht anders als mit der Schmähung eines über den Iran hereinbrechenden »Kulturimperialismus«. Diese antiimperialistische Front äußerte sich in Ungestalt eines faschistischen Integralismus, der der Denkform eines Carl Schmitt oder Charles Maurras dabei viel näher ist als den kolportierten Aussprüchen der Imame.

Auch viele Kritiker des monarchistischen Regimes geben heute Shapour Bakhtiar Recht, dem Ende des Jahres 1978 als Geste des Entgegenkommens gegenüber der Opposition von Mohammad Reza Pahlavi das Amt des Premierministers angeboten wurde. Bakhtiar, der in jüngeren Jahren der französischen Résistance beigetreten war und die spanische Republik gegen die franquistische Reaktion verteidigt hatte, entgegnete dem Monarchen: »Ihr Vater hat meinen Vater umgebracht. Sie haben mich inhaftiert. Ich sollte keinerlei persönliche Loyalität Ihrer Dynastie gegenüber haben«. Doch in diesen Tagen, so Bakhtiar weiter, sei es Priorität, die Übernahme des Irans durch »diese Barbaren« zu verhindern. Die anderen Persönlichkeiten der oppositionellen Nationalen Front, der auch Bakhtiar bis dahin angehörte, waren sich dagegen längst darin einig, dass die Führung von Khomeini übernommen werden sollte. Wenig später war Bakhtiar gezwungen worden, aus dem Iran zu flüchten. Am 6. August 1991 wurde er im französischen Exil von Regimeschergen ermordet.

Khomeini beschrieb weit vor dem Jahr 1979 in aller Deutlichkeit sein Ideal von einem islamischen Staatswesen. Während seines Exils im irakischen Najaf hielt Khomeini 1970 eine Reihe von Vorträgen über den »Islamischen Staat«. Die Vorlesungssammlung wurde als Handbuch mit weniger als 150 Seiten in den Iran geschmuggelt. Anders als die quietistische Geistlichkeit, die für sich allein eine beratende Funktion gegenüber dem Staat in Anspruch nahm, fordert Khomeini darin eine totale Geltung des Wächteramts in allen Sphären des Staates. Khomeini spricht davon, die Hawzat von Agenten und mit dem Thron kollaborierenden Geistlichen zu reinigen und die Moscheen zu Kasernen, die wöchentliche Khutbah-Predigt zum Schlachtruf und die Betenden zu Bataillonen zu machen. Er bekräftigt in der Vorlesungsmitschrift, dass solch ein islamischer Staat Massen an Toten erfordern würde. »Der Islam hat viele Stämme ausgerettet«, so Khomeini, da sie Verderben über die Muslime gebracht und »die Interessen des Islamischen Staates« beschädigt hätten. Als ewigen Konspirator gegen die islamische Souveränität identifizierte Khomeini, wie zuvor an Ashura 1963, die Juden, die »den Koran verfälscht« hätten und eine perfide kosmopolitische Intrige verfolgen würden. Die Schwäche der Muslime gegenüber einer »Handvoll armseliger Juden« gründe darin, dass Allahs Befehle nicht in Gänze ausgeführt worden seien.

Nach dem khomeinistischen Takeover des Irans im Jahr 1979 wurde eine modifizierte Form dieser Staatsdoktrin in der Verfassungsschrift der Islamischen Republik niedergeschrieben. Sie zeugt bis heute von der machiavellistischen Personifizierung des Wächteramts im »Großen Führer«, Ruhollah Khomeini (und nach dessen Tode Ali Khamenei). Dieser ernennt in der okkulten »Abwesenheit des entrückten zwölften Imams« unter anderem den höchsten Richter und entscheidet über die Personalien des Wächterrats, ein Kontrollorgan, das alle Beschlüsse der pseudo-republikanischen Institution der »Islamischen beratenden Versammlung« auf ihre Entsprechung mit den Prinzipien des Islamischen Staates hin durchsieht.

Auch verhehlte Khomeini kaum seine Verachtung für die bürgerlichen Intellektuellen der antiimperialistischen Front. Als Mehdi Bazargan, der erste Premierminister unter dem Diktat Khomeinis, wenig

bemüht war, die Verschleierung seiner Sekretärinnen zu erzwingen, denunzierte ihn Khomeini öffentlich als »Schwächling«. Die khomeinistische Übernahme des Irans gründet nicht in der Irreführung der Anderen. Den Khomeinisten gelang es als erster und einziger Kraft, sich von den sozialrevolutionären Versprechungen freizumachen und sich zum Souverän zu konstituieren. »Wir haben die Opfer der Revolution nicht auf uns genommen für Weintrauben und Pfirsiche«, so Khomeini, der die Einforderung des Größten, die Befriedigung des Hungers, als konterrevolutionäre Regung denunzierte. In der Islamischen Revolution verbrüdeten sich die skrupellosesten unter den Schlächtern. Aus den frühen Tagen dieser islamofaschistischen Despotie ist etwa bekannt, dass mit Mohammed Beheshti der höchste Richter im khomeinistischen Iran den Familien inhaftierter »Konterrevolutionäre« hohe Geldsummen abpresste, die diese in der trügerischen Erwartung aufbrachten, die Hinrichtung ihrer Liebsten abzuwenden. Nach erbrachter Zahlung wurden die Inhaftierten dann doch hingerichtet. Dem *Spiegel* (28/1981) zufolge verkauften die Emissäre von Beheshti in Hamburg zudem Teppiche, die zuvor geraubt wurden. In einer deutschen Tageszeitung erschien in jenen Tagen ein Inserat, in dem kaiserliche Seidenteppeiche mit einer Knotendichte von 1,2 Millionen pro Quadratmeter angeboten wurden. Inserent war Beheshti höchstpersönlich.

Während Mohammed Beheshti und andere Khomeinisten eine florierende Raubökonomie begründeten, wurden alle sozialrevolutionären Umtriebe in den Fabriken und auch in der ruralen Peripherie gnadenlos niederkartätscht. Die Trümmer der von den Khomeinisten heraufbeschworenen Katastrophen wurden zum Fundament ihrer Despotie. Die Rastlosigkeit der Revolutionsgerichte und die Entgrenzung der Islamischen Revolution produzierten jene permanente Krise, in der sich das khomeinistische Regime einzig zu konsolidieren vermochte. Im April 1980 erklärte Khomeini den irakischen Despoten Saddam Hussein zum Ungläubigen, der sein antiislamisches Antlitz entlarvt habe, und rief die Iraker auf, sich gegen dieses »korrupte Individuum« zu erheben. Khomeini spekulierte dabei auf eine revolutionäre Konfrontation der irakischen Shia gegen das häretische Regime. Der khomeinistische Slogan

zur Stunde war: »Der Weg zur Befreiung Jerusalems führt über Kerbala«. Zugleich gierte das revanchistische Regime im Irak auf die iranische Grenzprovinz Khuzestan, in der es in den nachrevolutionären Wirren zu Erhebungen unter den Ahwazi-Arabern kam.

In der beiderseits heraufbeschworenen Eskalation nahm auch der khomeinistische Iran wieder eine Funktion im Universalsystem des Kapitals ein. Um an die nötigen Devisen zu gelangen, mit denen Unmengen an Rüstung eingekauft wurden, überfluteten beide Regime die Märkte mit Rohöl. Das Geld verblieb also im bayrischen Ottobrunn, im steirischen Liezen und auch dort, wo ebenso für die Märtyrerschlacht produziert wurde, während die tödlichen Waren ihren wahren Gebrauchswert verwirklichten, indem sie an der Front in schwarzem Qualm aufgingen. Die khomeinistische Akkumulation des Todes korrespondierte mit der dem Kapital immanenten Krise: Nicht nur, dass die strukturelle Überakkumulation des Kapitals auch in seiner Peripherie, irgendwo zwischen Khorramshahr und Mandali, als Produktion des Todes, als Vernichtung von nicht zu verwertendem Wert, auftrat. Unter der Einheit von Kaserne und Koran pries die khomeinistische Despotie die Elendigen und Hungrigen als »Staubkörner des Vaterlandes«, wie es ein berüchtigter Regimeslogan ausdrückte, die den Sinn ihrer Existenz einzig noch als Märtyrer, im suizidalen Opfer für Khomeini und den Islam, verwirklichen konnten. Die khomeinistische Märtyrermaschinerie verschlang unzählige Kinder, denen als dem Tod geweihtes Frontvieh der Weg durch die Pforte des Paradieses versprochen wurde. »Wollt ihr etwa dem Islam und der Nation nur dienen, damit ihr euch die Bäuche füllen könnt?«, bedrängte 1981 Khomeini die ihm Hörigen. »Ich preise jenen zwölfjährigen Helden, der sich Granaten um den Körper schnürte und sich unter ein Panzergefährt des Teufels Saddam schmiss.« Nach dem kindlichen Märtyrer Hossein Fahmideh, von dem Khomeini sprach, wurden später unter anderem Kinderbibliotheken benannt.

Während das irakische Ba'ath-Regime die militärische Pattsituation immerhin indirekt anerkannte, indem es sich zum Jahresende 1980 für die Etablierung einer neutralen Zone zwischen dem Iran und dem Irak aussprach, beschworen die Khomeinisten die Verewigung der Märtyrerschlacht als Schick-

salsfrage ihres Regimes. Ganz unverhüllt sprachen die Khomeinisten von der Grenzenlosigkeit der Islamischen Revolution. Hashemi Rafsanjani etwa fabulierte darüber, dass mit der Einverleibung des Iraks ihr Islamischer Staat zum größten Produzenten von Rohöl werden könnte, dem die anderen Staaten der Region »wie reife Trauben in den Schoß« fallen würden.

Im Jahr 1988 sah sich dann auch Khomeini gezwungen, sich »Allahs Willen zu unterwerfen« und gestand die Aussichtslosigkeit ein, in Kerbala einzumarschieren. Nahezu synchron mit dem Ende der militärischen Konfrontation begannen im Iran die Massenhinrichtungen mehrerer tausender Inhaftierter, die, so Khomeini, »auf ihrer zwieträchtigen Meinung beharren«. »Mitleid mit den Feinden des Islam ist Naivität«, so der unerbittliche Propagandist des Todes. »Zögern« hieß, »das reine, unbefleckte Blut der Märtyrer zu ignorieren.«

Durfte Khomeini selbst den Einmarsch in Kerbala nicht mehr erleben, wurden Teile der irakischen Staatsruine nach dem von den US-Amerikanern militärisch erzwungenen Ende des Ba'ath-Regimes doch noch zur Beute der khomeinistischen Despotie. Um die Todesschwadronen, die von Bagdad bis Basra gefürchtet und verhasst sind, ranken sich keine nebelumschlungenen Gerüchte. Sie haben Namen, die nahezu jedem Iraker bekannt sind, wie die Badr Korps oder die Kata'ib Hezbollah. Diese mit dem khomeinistischen Iran assoziierten Shia-Milizen haben heute den irakischen Staatskörper und vor allem seine Repressionsorgane infiltriert; sie sind assoziiert mit Parteien der politischen Shia und haben in ihren eigenen Reihen iranische Offiziere der berüchtigten Armee der Wächter der Islamischen Revolution. Seit Jahren vereinnahmten auch in Bagdad und vor allem im Südirak ihre Parteigänger die urbanen Fassaden mit ihren tugendterroristischen Drohungen, der penetrant antizionistischen Hetze, der Märtyrerverehrung und der Forderung nach der keuschen Erscheinung der Frauen unter dem schwarzen Zelt. Dabei werden immense Summen aus ministeriellen Budgets zweckentfremdet, um das milizionäre Unwesen zu finanzieren.

Im Oktober 2019 kam es im Irak zu Protesten, die monatelang anhielten und bei denen vor allem die irakische Jugend ein Ende von Korruption und Miliz-

unwesen sowie der khomeinistischen Infiltration forderte. Junge, häufig unverschleierte Frauen, die ein herausragender Teil der Proteste wurden, erzählen, dass sie sich im Irak nie zuvor so lebendig und frei von tugendterroristischer Verfolgung fühlten wie in jenen Tagen auf dem revolutionären Midan at-Tahrir in Bagdad. Dass Europa sich für diese revolutionäre Erschütterung des Iraks kaum interessierte, erstaunt wenig. Wusste dieses Europa in jenen Tagen doch immerhin genau so viel, um im besten Gewissen davon zu raunen, dass die Stabilität der Region von nichts Geringerem abhängig sei als vom Überleben des Schattengenerals dieses Milizunwesens, Qasem Soleimani. Doch auch die iranische Opposition schien sich für diesen kurzzeitig eingetretenen Emanzipationsprozess vor allem auch jener Jugend aus den schiitischen Slums zwischen Bagdad und Basra, auf die die Rekrutierungswesen khomeinistischer Milizen schießt, nur wenig zu interessieren. Dabei spricht das khomeinistische Regime offen aus, dass jene irakischen sowie pakistanischen und afghanischen Milizen die Verteidigung des Regimes im Iran selbst übernehmen werden, sobald die »inneren Kräfte« daran zu scheitern drohen.

Als die irakischen Shia-Milizen im Oktober 2017 in das nordirakische Kirkuk einmarschierten, sprach einer der engsten Vertrauten von Ali Khamenei, Gholamhossein Mohammadi Golpayegani, davon, dass es die »Anordnungen des Großen Führers (Khamenei) und die Opfer des Generals Soleimani« waren, die den »zionistischen Plot« von einem »zweiten Israel in Kurdistan« verhindert hätten. Hossein Amir-Abdollahian, inzwischen ranghöchster Diplomat Irans, schwor Jahre zuvor, dass sie die Verwirklichung des »israelischen Traums« von einer »Unabhängigkeit Kurdistans« zu verunmöglichen wissen werden. In der khomeinistischen Propaganda ist das Gerücht über die Kurden, die als Verräter am Islam gelten, unverhüllt antisemitisch.

Noch im Revolutionsjahr 1979 bedauerte Khomeini, dass die ihm Hörigen die Islamische Revolution noch nicht konsequent zu Ende geführt und den ganzen Iran in eine einzige Partei verwandelt hätten: die *Hezbollah*, die »Partei Allahs«. Die kurdischen Oppositionellen denunzierte Khomeini in derselben Ansprache zum antizionistischen »Tag zur Befreiung al-Quds (Jerusalems)« dabei als »Verschwörer« und

»Ungläubige«. Die Demokratische Partei Kurdistan-Iran (PDKI) schmähte er als »Partei des Teufels«, ihre Parteivorsitzenden wurden in Wien 1989 und Berlin 1992 von Regimeschergen ermordet. Am 17. September 2022 eskalierten im kurdischen Saqqez, der Heimat der von den Tugendwächtern ermordeten Mahsa Amini, die Proteste gegen das misogynen Regime zur revolutionären Erhebung. Noch während der Beerdigung der jungen Frau, die von ihrer Familie mit ihrem kurdischen Namen Jina gerufen wurde, schüttelten die anwesenden Frauen die Zwangsverschleierung ab und riefen die Slogans »Frau, Leben, Freiheit« und »Ich werde denjenigen töten, der meine Schwester getötet hat«. Im kurdischen Sanandaj, wo sich die Jugend noch am selben Tag gegen das Regime erhob, wurden unzählige Schleier verbrannt und – ganz nebenbei – auch das Namensschild der »Palästina-Straße« aus dem Asphalt gerissen. Das Weitere ist bekannt.

Wird die kurdische Avantgarde innerhalb der revolutionären Erhebung von den verschiedenen Fraktionen der iranischen Opposition durchaus anerkannt und von manchen, wie der im US-amerikanischen Exil lebenden Feministin Masih Alinejad, deutlich hervorgehoben, mehrten sich in jüngster Vergangenheit wieder Konflikte um die Frage der territorialen Integrität des Irans. In den nachrevolutionären Wirren von 1979 kam es auch unter den Ahwazi-Arabern in Khuzestan, den Belutschen im Südosten und den Aserbajdschanern im iranischen Nordwesten zu schweren Konfrontationen mit dem noch jungen Regime der Khomeinisten. Die kurdischen Parteien lavierten zwischen der Forderung nach Autonomie innerhalb des Irans und der Idee nationaler Unabhängigkeit. Da das Regime nicht zögerte, seinen totalitären Charakter zu enthüllen, erübrigte sich alsdann auch die Forderung nach Autonomie innerhalb einer »Islamischen Republik«. In Mahabad und Saqqez, in Sardasht und Paveh, in Divandarreh und Sanandaj standen sich zwischen 1979 und 1983 militante Kurden und die Wächterarmee dort gegenüber, wo auch heute die Grundzüge der Revolution gegen das khomeinistische Regime vorgeführt werden. Als da wären: 1. die Beteiligung der ruralen Peripherie, um die Beweglichkeit der Repressionsmaschinerie zwischen den urbanen Zentren zu erlahmen, 2. die militante Organisation der Jugend und 3. der General-

streik. In Syrien und der Türkei haben kurdische Organisationen eindringlich demonstriert, dass sie sich der nationalchauvinistischen Raserei verwehren und dass sie vielmehr die stärkste Bastion gegen die Faschisierung sind.

Abdullah Mohtadi, Parteivorsitzender der kurdischen Komala, kritisierte unlängst – ohne Namen zu nennen – das Schüren von Ängsten vor separatistischen Umtrieben. Zuvor hatte Reza Pahlavi, der Sohn des letzten Schahs, genau solche ausgemacht – ebenfalls ohne Namen zu nennen – und diesen gegenüber die territoriale Integrität des Irans beschworen. Mohtadi und Pahlavi sind Teil einer exil-iranischen Koalition, die im März 2023 eine »Charta der Solidarität und Allianz für die Freiheit« mit einem Minimalkonsens im Sinne eines »säkularen und demokratischen Irans« veröffentlicht hat. Pahlavi spricht seit langem davon, dass er persönlich kein Interesse an einer monarchistischen Restauration des Irans hat. Zugleich fordern Konstitutionalisten zum Teil aggressiv, dass die Opposition einzig durch die Person des Kronprinzen repräsentiert werden soll und begegnen Kritikern mit Anschuldigungen, wonach diese separatistische Absichten verfolgen würden. Derweil hat die jüngste Reise von Reza Pahlavi nach Israel deutlich gemacht, dass die Aussicht auf einen neuen Iran nicht zu trennen ist von einem radikalen Abschied von der antizionistischen Raserei.

War eine überwältigende Mehrheit innerhalb der Opposition Ende der 1970er bereit, unter dem drohenden Gebrüll »Allahu Akbar« zu marschieren, schleudern die heutigen Revolutionäre im Iran den Mullahs Slogans wie »Wir hassen deine Religion, verflucht sei deine Moral« entgegen. Sie wollen kein Regime aggressiv antiisraelischer und projektiver Krisenexorzierung. Sie wollen kein militaristisch-okkultes Regime aus Klerus und einer militantmafiotischen Armee der Wächter der Islamischen Revolution, das sich die nationale Ökonomie zur Beute gemacht hat. Und sie wollen kein Regime, in dem die Unterwerfung der Frauen eine heilige Säule des Gemeinwesens ist. Es wäre zu hoffen, dass eine Opposition, die darin ihren Minimalkonsens gefunden hat, nicht an nationaler Borniertheit zerbricht.